

Kommentar

# Jesus kannte keine Brandmauern

06.05.2024



Ein Stimmzettel. Symbolfoto: picture alliance / imageBROKER | Lilly

**Der evangelische Dekanatsausschuss Nürnberg hatte kürzlich ein Rundschreiben verschickt, in der die Unterstützung für die AfD als unvereinbar mit dem Amt als Kirchenvorsteher bezeichnet wurde. Dazu ein Kommentar von Pfarrer Matthias Dreher (Nürnberg)**

Um mich zunächst selbst zu „framen“ (einzuordnen): Ich kenne weder (bekennende) AfD-Mitglieder noch Funktionäre dieser Partei persönlich. Aber ich kenne kirchenverbundene Menschen, die diese Partei wählen. Sie besuchen unsere Gottesdienste. Wenn ich als Pfarrer am Altar bete, möchte ich, dass sie ebenso „Amen“ sagen können wie Wähler oder Mitglieder der Partei „Die Linke“. Und beiden würde ich das Versöhnungsmahl des Herrn reichen.

Nun hat der Dekanatsausschuss Nürnberg leicht verschleiert empfohlen, Kirchenmitgliedern, die der AfD nahestehen oder angehören, das passive Wahlrecht zu entziehen. Diakonie-Präsident Schuch will sogar Wählern der AfD den Job [kündigen](#).

Der Dekanatsausschuss weiß: „Menschenfeindlichkeit und völkischer Nationalismus gehören zu den Grundüberzeugungen der heutigen AfD und ihrer Mitglieder.“ Mit diesem „Wissen“ ersetzt der Dekanatsausschuss das Kriterium zur Wählbarkeit, das das Kirchengesetz in die Kandidaten hineinlegt, durch das äußere Kriterium der AfD-Mitgliedschaft.

Ohne dies zu bemerken, zitiert der Dekanatsausschuss das Gesetz sogar: Kandidaten für den Kirchenvorstand (KV) müssen „sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet wissen“. Das heißt, sie selbst müssen es für sich wissen und bestätigen – nicht der Dekanatsausschuss oder

ein Wahlausschuss. Allerdings wird am 1. Advent in der Verpflichtungsfrage der neuen KV-Mitglieder vom „christlichen Menschenbild“ ohnehin keine Rede mehr sein.

### **Überdehnte NS-Begriffe**

Die AfD-Wähler, die ich kenne, wünschen sich vor allem die Gesellschafts-, Familien-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der Ära Kohl zurück. Ich verstehe nicht, warum man diese Politik mit völlig überdehnten NS-Begriffen („völkisch“, „national“, „Rassismus“) als unchristlich „framen“ muss.

Und die Diakonie sollte sich fragen, wie sie jetzt mit dem „christlichen Menschenbild“ operieren kann, da sie doch mit der Abschaffung der ACK-Klausel (in Bayern im Jahr 2017) ihre Jobs für Nichtchristen geöffnet hat. Vertritt ein Moslem das „christliche Menschenbild“ eher als ein christlicher AfD-Wähler?

### **Wovon die Bibel spricht**

Bei alledem ist es dürftig, allein mit dem „christlichen Menschenbild“ aus dem Gesetz zu argumentieren. Ein solches Bild gibt es aus theologischer Sicht nicht. Die Bibel spricht vom Menschen, wie er sich den Augen des Glaubens zeigt, z. B. in Psalm 8 – und als Kehrseite etwa in Römer 7. Hier sprechen Glaubende von sich selbst. Da werden keine „Bilder“ konstruiert, auf die man sich und andere verpflichten könnte.

Der biblische Lackmus-Test zur kirchlichen Wahl einer Person – in der KV-Wahl treten keine Parteien an – muss sein: „Glaubst Du, dass wir als Getaufte in der Gemeinde alle eins sind in Christus – jenseits aller ethnischen, sozialen oder geschlechtlichen Unterschiede?“ (nach Galater 3,27 f.)

Wie sollte es bei der Antwort „Ja“ dann noch politische Ausgrenzung geben? Jesus kannte keine Kontaktschuld und keine Brandmauern. Er hat sich mit Zöllnern getroffen, mit Huren, mit römischen Besatzern, am häufigsten aber mit seinen größten Feinden, den Schriftgelehrten, die für sich „das Gute“ gepachtet hatten.



Pfarrer Matthias Dreher. Foto: privat